

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 06 86 846 pabr d

Inhalt

Hermann Buschfort MdB, Behindertenbeauftragter der Bundesregierung a.D., beschreibt das Ende der Behindertenpolitik: Neue Opfer der konservativen Leistungsgesellschaft.

Seite 1

Dietrich Sperling MdB: Geißlers Schuldvorwurf geht ins Leere. Seite 2

Claus Arndt: CDU/CSU/FDP zeigen im Richterwahlausschluß gefährlichen Machttausch. Seite 3

Karl-Heinz Klejdzinski MdB: Die Union beruft sich zu Unrecht auf Peter Nellen. Seite 4

Hermann Heinemann: Die Koalitionsfunktionäre betreiben im Sport Machtpolitik. Seite 5

Ulrich Lang MdL: Baden-Württemberg als Exerzierfeld für einen Überwachungsstaat. Seite 6

Fritz Riege MdL: Selbsthilfegruppen dürfen nicht zum Abbau des Sozialstaates mißbraucht werden. Seite 7

Dokumentation

Briefwechsel zwischen Gert Weisskirchen MdB und dem DIHT: "...selbstverständlich keine Garantie."

Seite 8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Gadesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

36. Jahrgang / 40

28. Februar 1983

Aus für die Behindertenpolitik

Neue Opfer der konservativen Leistungsgesellschaft

Von Hermann Buschfort MdB

Parlamentarischer Staatssekretär a.D. und Behindertenbeauftragter der Bundesregierung a.D.

Die Maßnahmen der neuen Rechtskoalition haben in erschreckendem Umfange bestätigt, was die Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU/CSU und FDP, in denen auf die Behinderten mit keinem Wort eingegangen wurde, schon vermuten ließen: Behindertenpolitik findet nicht mehr statt.

Die politische Erneuerung, die Helmut Kohl angekündigt hat, ist im Bereich der Sozialpolitik ohne Konzept, es sei denn, man sieht als Konzept an, was der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung allgemein gesagt hat: "Ziel unserer Sozialpolitik ist, die sozialen Leistungen auf die wirklich Hilfsbedürftigen zu konzentrieren." Dies bedeutet aber, daß bürokratische Bedürftigkeitsprüfungen für die Betroffenen wieder eingeführt werden. Leistung und Gegenleistung sollen zum einzigen Maßstab gemacht werden, nicht aber die solidarische Hilfe für die Schwachen.

Die neue soziale Frage, die von der CDU vor etlichen Jahren als das Problem der sozial schwachen Bevölkerungsgruppen ohne starke gesellschaftliche Vertretungsmacht entdeckt wurde, ist längst in der Versenkung verschwunden. Behinderte werden teilweise schon als "wehleidig" und "leistungsunwillig" bezeichnet. Von der Erhöhung der Ausgleichsabgabe für Unternehmer, die ihrer Verpflichtung zur Beschäftigung von Schwerbehinderten nicht nachkommen, ist schon lange keine Rede mehr. Änderungen des Wohngeldgesetzes führen dazu, daß Schwerbehinderte trotz ihres höheren Wohnraumbedarfes nicht nur weniger Wohngeld erhalten, sondern auch künftig - wie alle von den Mieterhöhungen Betroffenen - höhere Mieten zahlen müssen. Das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Behinderten, das sich sehr bewährt hat, soll abgeschafft werden. Der Katalog der Einsparungen zu Lasten der Behinderten ließe sich beliebig fortsetzen. Sie dienen als Beweis dafür, daß vorrangig schwache Bevölkerungskreise mit Sonderopfern belastet werden.

Die Behinderten haben es nicht verdient, Opfer der neuen konservativen Leistungsgesellschaft zu werden. Die Verteidigung ihrer sozialpolitischen Sicherungen ist das Gebot der Stunde.

(-/28.2.1983/ks/ca)

+ + +

Printed in Germany
auf dem Papier des
Republik-Druck



Echte Zukunftsinvestitionen

Geißlers Schulden-Vorwurf geht ins Leere

Von Dr. Dietrich Sperling

Mitglied des Deutschen Bundestages

Heiner Geißler wirft in seiner Eigenschaft als Jugendminister in einer Sprache, die er in seiner Eigenschaft als CDU-Generalsekretär braucht, der alten Bundesregierung vor, sie habe durch die Aufnahme von Schulden den Generationenvertrag verletzt und den nachwachsenden Generationen Gestaltungsmöglichkeiten verbaut und Belastungen vorgegeben.

Das Gegenteil ist richtig.

Die Schulden werden zurückgezahlt, aber innerhalb der nachwachsenden Generation, die also selber über Zinsen und Tilgung verfügen kann. Beim Aufwachsen hat diese Generation bereits die Gegenwerte der Schulden genützt und genossen: Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser, Verkehrswege, Abwasser- und Kläranlagen, Stadtsanierung, Maßnahmen des Denkmalschutzes, energiesparende Investitionen. All das braucht die nachwachsende Generation nicht mehr zu schaffen, weil ihre Vorläufer durch Konsumverzicht die Investitionen bereits geleistet haben. Die dabei aufgenommenen Kredite lassen nicht nur eine "Erblast" entstehen, sondern ein beehrtes "Erbrecht": Die staatlichen Schuldverschreibungen mit dem Anrecht auf Zins und Tilgung.

Die geschaffenen Maßnahmen sind also finanziert und stellen gleichzeitig eine notwendige Zukunfts- und Wachstumsvorsorge für nachwachsende Generationen dar.

Unterbliebene Investitionen wären hingegen eine Verletzung des Generationenvertrages und eine unterlassene Zukunftsvorsorge gewesen.

Eine solche aber wäre nicht wieder gutzumachen.

Dieses Denken ist auch Herrn Geißler nicht fremd: Denn so rechtfertigt seine Partei den Bau des Rhein-Main-Donau-Kanales, obwohl dieser der nachwachsenden Generation wirklich nur Zahllasten aufbürden wird, denn rentabel wird er nie. Sein Nutzen wird immer geringer sein, als die von ihm verursachten laufenden Kosten.

(-/28.2.1983/ks/ca)

+ + +



CDU/CSU/FDP im Machtrausch

Der Wahlkampf hat im Richterwahlausschuß nichts zu suchen

Von Dr. Claus Arndt

Mitglied des Richterwahlausschusses für die Obersten Bundesgerichte

Der 24. Februar 1983 war ein schwarzer Tag für die deutsche Justiz - in des Wortes doppelter Bedeutung. An diesem Tage trat der aus den Justizministern der Länder und elf weiteren, vom Bundestag gewählten Mitgliedern bestehende Richterwahlausschuß für die Obersten Bundesgerichte zusammen, um fünf neue Richter für den Bundesgerichtshof und den Bundesfinanzhof zu wählen. Unsere Verfassung hat dieses Gremium eingesetzt, um die Unabhängigkeit unserer höchsten Gerichte und ihre politische Neutralität in bestmöglicher Weise zu sichern. Eine solche innere Ausgewogenheit der Richterschaft ist nämlich nur dann gewährleistet, wenn sich in den Gerichten alle geistigen und politischen Richtungen unseres Landes widerspiegelt erkennen können. Dies ist zugleich auch die Voraussetzung dafür, daß alle Menschen in unserem Volke bereit und in der Lage sein können, die Integrations- und Befriedigungswirkung letztinstanzlicher Gerichtsentscheidungen anzuerkennen - unabhängig von ihrer eigenen ethischen, moralischen oder politischen Position.

Aus gutem Grund war es daher seit Inkrafttreten des Grundgesetzes eine wohlüberlegte Übung, daß die Mitglieder des Richterwahlausschusses die zu Bundesrichtern zu wählenden Kandidaten nicht nur nach der als selbstverständlich vorauszusetzenden fachlichen Qualifikation auswählt, sondern auch gemeinsam darauf geachtet haben, daß Juristen aller geistigen Strömungen unseres Landes angemessen zum Zuge kamen. Dies geschah in der Regel dadurch, daß ein ungefähres Proporz aller Richtungen und landsmannschaftlichen Zugehörigkeiten einvernehmlich ausgehandelt wurde - was dann bei fast allen Wahlen dazu führte, daß sie mehr oder weniger einstimmig erfolgten. Man mag solchen Proporz unschön finden. Doch wer nennt eine bessere Methode, um eine zumindest relative Ausgewogenheit der Richterschaft zu erreichen?

Erstmals seit 15 Jahren - dem Zeitraum, den ich aus eigener Mitgliedschaft überblicken kann - hat am 24. Februar 1983 die CDU/CSU/FDP-Mehrheit diese alte und bewährte Praxis verlassen und sich gnädigerweise bereiterklärt, den neun sozialdemokratischen Mitgliedern (von 22) den Vorschlag für einen von fünf zu wählenden Richtern zu überlassen. Kein Appell und keine Verhandlungsbereitschaft halfen hier mehr. Sollten sie sich nicht zu Statisten eines in der Geschichte der Richterwahl einmaligen Vorgangs machen, dann mußten die der SPD angehörenden Mitglieder die Sitzung verlassen, in der sie nicht mehr benötigt wurden - zumal da ihnen der Obmann der CDU/CSU-Mitglieder offen und ins Gesicht erklärte, ohne die SPD würden die Richterwahlen nur sachlicher werden: CDU/CSU = Sachlichkeit, SPD = Inkompetenz. Schon Gustav Radbruch wußte: Meine Partei ist keine Partei, aber Deine Partei ist parteiisch. Stärker konnte wohl kein Machtrausch unterstrichen werden. Mehr konnte man wohl kaum die jahrzehntelange Arbeit des Richterwahlausschusses und die von ihm bisher gewählten Richter diskriminieren.

Dabei hätte es gerade in dieser Sitzung viele Gründe gegeben, sich um einmütige Entscheidungen zu bemühen. So stand ein von der CDU vorgeschlagener Kandidat zur Wahl, der als enger Mitarbeiter vieler CDU-Minister bisher tätig war und nun zum Präsidenten des Bundesfinanzhofs berufen werden soll, ohne auch nur einen Tag bis heute ein Richteramt bekleidet zu haben. Den Mitgliedern des Richterwahlausschusses waren zahlreiche Proteste aus der Richterschaft gegen diesen Plan zugegangen. Wie soll ein solcher Kandidat dennoch die für sein Amt unerläßliche Autorität erlangen, wenn er sich bei seiner Wahl zusätzlich nur auf eine politische Gruppierung in diesem Lande stützen kann? Aber auch andere gewichtige Gründe, die zur Gemeinsamkeit hätten zwingen müssen, wie sie zur Tradition des Ausschusses gehörte und ihn allein funktionstüchtig erhalten kann, schlug die Mehrheit in den Wind. Es ist hohe Zeit, manchen Wahlkämpfern am falschen Ort ihr für das Wohl unseres Landes und seiner Justiz gefährliches Handwerk zu legen.

(-/28.2.1983/ks/ca)

Vermünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

+ + +

|

Parteiwechsel aus Protest gegen den Wahlkampfstil

Die Union beruft sich zu Unrecht auf Peter Nellen

Von Dr. Karl-Heinz Klejdzinski MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Sicherheit der SPD-Bundestagsfraktion

Schlußphase im Wahlkampf und die CDU schreckt vor nichts mehr zurück. Fast verständlich, denn schon lange nicht mehr hat die SPD - endlich befreit von Koalitionszwängen - so deutlich sozialdemokratische Politik vertreten können, schon lange nicht mehr hat die SPD sich in den wichtigen Bereichen der Politik als so zukunftsorientiert - befreit vom Hemmschuh der FDP - darstellen können.

So ist es nur zu verständlich, daß - neben vielen anderen - sich auch Jugendliche wieder zur SPD hingezogen fühlen. Gerade im Bereich des Zivildienstes sind die Belange der Jugendlichen gut bei der SPD aufgehoben. Es entspricht deshalb einfach nicht den Tatsachen, wenn die CDU den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Peter Nellen für sich und ihr Zivildienstgesetz reklamiert.

Im Gegenteil: Peter Nellen, der zum Zeitpunkt der Einbringung des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst 1960 zwar noch der CDU angehörte, der aber wenige Monate später zur SPD übertrat, weil er dort besser soziale Gerechtigkeit vertreten sah, war schon vor 23 Jahren ein engagierter Gegner einer Unionspolitik, die auch heute noch Anlaß zu strikter Ablehnung bietet.

Zwei Punkte machten es dem langjährigen Unionspolitiker unmöglich, länger seine Heimat in der Partei mit dem "C" zu sehen:

Zum einen lehnte Peter Nellen den Wahlkampfstil seiner Partei zur Bundestagswahl 1957 ab. Damals hatte Konrad Adenauer den Wählern verschwiegen, daß schon wenige Monate nach der Wahl, im Dezember 1957 die Regierungschefs der NATO-Mitgliedsstaaten eine Atombewaffnung in Europa beschließen würden, ein so schwerwiegender Beschluß, daß er sicher schon zum Zeitpunkt der Wahl beraten wurde und damit der Regierung bekannt war. Ein so schwerwiegender Beschluß, daß er - wie Peter Nellen meinte - dem Souverän, dem Volk als Wahlentscheidung hätte vorgelegt werden müssen. Zum anderen aber lehnte Nellen die Klassifizierung der SPD als "Verbrecher" ab. Welche Parallelen zum Wahlkampfstil der Union von 1983!

Heute unterstellt Heiner Geißler mit einem Brecht-Zitat-Teil, daß die SPD ein Verbrecher sei, daiffamiert damit 900.000 Mitglieder dieser Partei und macht sich - so ganz nebenbei - auch noch des unwissenschaftlichen und ungewissenhaften Zitierens schuldig, denn Brecht fährt in dem genannten Zitat sinngemäß fort, daß der Tag kommen werde, wo man wieder werden sagen können: 2+2=4, ohne als Verbrecher bezeichnet zu werden.

So entstellt Geißler das Brecht-Zitat und sein Bundeskanzler stellt sich schützend vor ihn. Aber Kohl bezeichnet sich selbst ja auch als in der Tradition von Adenauer stehend. So ist es nicht weiter verwunderlich, daß Kohl die Ausfälle seines Amtsvorgängers ebenso für gut heißt, wie die seines Generalsekretärs und Familienministers.

1957 hatte Konrad Adenauer die Partei, die gegen die Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen war, als "Verbrecher an der Jugend", die ein Recht auf diese Waffen habe, beschimpft. Heute kämpft diese Jugend als politisch verantwortliche Männer und Frauen um die 40 gegen die Stationierung von Atomwaffen, für Abrüstung, für eine Sicherheitspartnerschaft.

Die CDU wirft einen Bumerang, der ja bekanntlich immer wieder auf den Werfenden zurückfällt, wenn sie sich auf Peter Nellen beruft. Die SPD aber kann stolz auf einen Mann sein, der aus Überzeugung einer Partei beigetreten ist, die damals wie heute - in der von Schmidt versicherten Stetigkeit - die Interessen der Jugend und aller friedenswilligen Menschen vertreten hat und vertritt und die damals wie heute keinen Hehl daraus macht, daß Frieden nicht mit immer mehr und immer verhängnisvolleren Waffen geschaffen werden kann, sondern nur durch Verhandlungen, Abrüstung und eine immer breitere Basis, auf der gemeinsam von allen Nationen Frieden praktiziert werden kann.

(-/28.2.1983/ks/ca)

Sport als politische Jongliermasse

Die Koalitionsfunktionäre betreiben Machtpolitik

Von Hermann Heinemann

Vorsitzender des Sportbeirates beim SPD-Parteivorstand

Als CDU/CSU/FDP ihre Koalitionsvereinbarung und die Regierungserklärung des Übergangs-Kanzlers Kohl darboten, fehlte jede sportpolitische Aussage. Die zahlenmäßig größte gesellschaftspolitische Gruppierung der Bundesrepublik Deutschland, der organisierte Sport, wartete vergeblich auf eine Erklärung zur Sportpolitik. Allerdings: Auch die sonst lautstarken konservativen Führungskräfte der Sportorganisationen hielten sich devot zurück. Dafür gebärdete sich CSU-Sportressortminister Zimmermann wie ein selbsternannter Schutzpatron des deutschen Sports.

Programmatische Arbeit zur Sportpolitik war noch nie die Stärke der CDU/CSU. So fehlt auch im Wahlprogramm der Konservativen jeder Hinweis auf das, was CDU/CSU nach den Wahlen mit dem Sport vorhaben. Die Gefahr verstärkter nationalistischer Zweckentfremdung des Sports ist aber unübersehbar. Um die gleichberechtigte Förderung des Breiten- und Freizeitsports - insbesondere der wichtigen sozialen Aufgaben - gegenüber dem absoluten Hochleistungssport bemühten sich CDU/CSU nie besonders. Die Handhabung des Sports als politische Jongliermasse hat sich seit der Adenauerzeit eigentlich nie geändert.

Den Konservativen ging und geht es in erster Linie um die Besetzung wichtiger Funktionärsposten in den Sportorganisationen; ein Stück gesellschaftlicher Machtpolitik. Die SPD muß sich die Kritik gefallen lassen, daß sie in der Vergangenheit dieser CDU/CSU/FDP-Politik zu wenig Widerstand entgegen gesetzt hat. In den meisten Führungsgremien haben CDU/CSU/FDP-getönte Funktionäre das Sagen.

Konsequenzen sind für die Sportpolitik der SPD unausweichlich:

Die Sozialdemokraten werden:

- sich CDU/CSU/FDP-Bestrebungen deutlicher widersetzen, die meisten Führungsgremien als ihr Monopol zu betrachten und die wichtigsten Ämter der Organisationen und Institutionen im "Frühstücks-Direktoren-Stil" unter sich auszuhandeln;
- darauf achten und entsprechende Initiativen vorbereiten, daß auch im Bundesbereich neben der Förderung des humanen Leistungssports mehr Mittel für die Erfüllung der "Sozialen Aufgaben" eingesetzt werden. Es ist beispielsweise unerträglich, daß mehr als 100 Bundestrainer sowie eine beträchtliche Zahl von hauptamtlichen Funktionären aus Bundesmitteln bezahlt werden, für die Anstellung eines dringend benötigten Gehörlosen-Dolmetschers des Deutschen Gehörlosen-Sportverbandes aber unerfüllbare Forderungen gestellt werden;
- in Bund und Ländern bestrebt sein, die Verwendung der beachtlichen Mittel für den Sport aus dem Lotteriewesen (in Nordrhein-Westfalen jährlich rund 50 Millionen DM) zu überprüfen und verstärkt für die unmittelbare Tätigkeit der Sportvereine und die sozialen Aufgaben des Sports einzusetzen.

Sportpolitik hat in der fast 120jährigen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung stets eine wichtige Rolle gespielt.

Allein vor diesem Hintergrund ist die SPD verpflichtet, darauf zu achten, daß die Traditionen und Ziele des Arbeitersports zum festen geschichtlichen Bestandteil des Sports in der Bundesrepublik Deutschland gehören.

Um dazu einen weiteren Beitrag zu leisten, wird die SPD zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Rad- und Kraftfahrerbund Solidarität und dem Freundeskreis ehemaliger Arbeitersportler in Deutschland (ATUS) im Mai dieses Jahres in Bonn eine gemeinsame Veranstaltung durchführen.

Der Anlaß: die Zangsauflösung und das Verbot der Arbeitersportbewegung in Deutschland vor 50 Jahren durch die Hitler-Faschisten.

(-/28.2.1983/ks/oa)

+ + +



Pervertiertes Modell deutscher Möglichkeiten

Baden-Württemberg Exerzierfeld für einen Überwachungsstaat

Von Ulrich Lang MdL

SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender in Baden-Württemberg

Die CDU ist dabei, das vom ersten deutschen Bundespräsidenten entworfene Bild eines Modells deutscher Möglichkeiten in Baden-Württemberg zu pervertieren. Das Demonstrationsrecht wird durch Polizeimaßnahmen ausgehöhlt, der Datenschutz wird behindert, Lehrer werden traktiert, Personalräte in ihrer Tätigkeit überwacht. Baden-Württemberg als Exerzierfeld beim Marsch in den Nachtwächter- und Überwachungsstaat. Blickpunkt 1984.

In zunehmendem Maße gefährliche Tendenzen, die Rechtsstaat, Liberalität, Meinungs- und Bürgerfreiheit in unserem Land bedrohen. Besonders bedrückend ist, daß solche Tendenzen durch Maßnahmen in Baden-Württemberg in den verschiedensten Bereichen gefördert werden. Gravierend und für eine freiheitliche Demokratie bedrohlich ist die jetzt von der CDU-Landesregierung durch Innenminister Herzog verordnete Polizeikostenersatz-Regelung bei Demonstrationen und der damit verbundene massive Eingriff in das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit.

In dieser Situation kommt es darauf an, allen Anfängen solcher Art zu wehren. Bei der Vorlage einer von dem SPD-Landtagsabgeordneten Rechtsanwalt Klaus Haischer verfaßten und soeben vom PDI (Presseausschuss der Demokratischen Initiative) in München herausgegebenen Dokumentation zu diesem Thema habe ich deshalb gefordert, jetzt müßten - auch und gerade in Erinnerung an folgenschwere Jahrestage, die ein halbes Jahrhundert zurückreichen - alle besonnenen Kräfte zusammenstehen, die fähig und entschlossen sind, einer um sich greifenden Illiberalität Einhalt zu gebieten.

Die SPD wendet sich mit der PDI-Initiative erstmals in Stuttgart an die Öffentlichkeit, weil Baden-Württemberg ganz offensichtlich zum Experimentierfeld für Maßnahmen der Einschüchterung, Gängelung und Maßregelung gemacht werden soll. Dies gilt nicht nur für Polizeikostenersatz und Demonstrationsrecht, sondern auch für andere Gebiete, von der Einschränkung des Datenschutzes über einseitiges Verbot und Verfolgung ausländischer Gruppen bis hin zu fragwürdigen Voten aus Bereichen der Justiz.

Ausdrücklich begrüße ich das starke Engagement der Gewerkschaften und die Ankündigung von DGB-Landeschef Pommerenke, bei Einsprüchen gegen Polizeikostenbescheide nach Demonstrationen den betroffenen Staatsbürgern Hilfestellung zu geben. Die Befürchtung Pommerenkes, daß die Polizeikostenverordnung auch im Verlauf von Tarifauseinandersetzungen gegenüber Streikposten angewandt werden könnte, ist leider nicht von der Hand zu weisen. Damit würde ein weiteres Grundrecht unmittelbar gefährdet. (-/28.2.1983/vo-hc/ca)

+

+

+



Echte Hilfe ist nicht umsonst

Selbsthilfegruppen dürfen nicht zum Abbau des Sozialstaates mißbraucht werden

Von Dr. Fritz Riege MdL

Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag

Allzugenommen nehmen christdemokratische Sozialpolitiker das Subsidiaritätsprinzip der katholischen Soziallehre auf, wenn es um die Unterstützung von Selbsthilfegruppen geht. Sie vergessen dabei, daß der moderne Sozialstaat seine Ausprägung im Grunde der größten Selbsthilfeorganisation des 19. Jahrhunderts, nämlich der Arbeiterbewegung - den Sozialisten, den Gewerkschaften und natürlich auch den Kolping-Gesellen - verdankt. CDU-Politiker wie Werner Remmers und Ulf Fink vergessen auch leider allzuoft die Tatsache, daß es sowohl nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz als auch nach dem Bundessozialhilferecht schon seit Jahrzehnten eine gesunde Arbeitsteilung zwischen dem Staat und den Kommunen einerseits und den Selbsthilfegruppen innerhalb und außerhalb von Wohlfahrtsverbänden, wie der Arbeiterwohlfahrt, dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, dem Deutschen Roten Kreuz und den kirchlichen Verbänden, gibt. Sowohl die richtungsgebundenen Verbände, aber auch insbesondere die Paritäten haben eine Reihe von Selbsthilfegruppen unter ihrem Dach organisiert. Erinnerung sei insbesondere an die "Lebenshilfe" als Elterninitiative behinderter Kinder, an die Laiendienste und Hilfsvereine in der Psychiatrie sowie an die verschiedenen Patienten-Gruppen, die oft mit ärztlicher Hilfe initiiert wurden (Krebsnachsorge, Rheuma, Multiple Sklerose, Diabetes, Coronarerkrankungen, Drogen-Alkoholbekämpfung und so fort). Solche Gruppen wollen auch eine Antwort auf Fragen nach besserer Beratung, Hilfe und Beileitung geben, die der Staat nicht oder nur unzureichend organisiert hat. Sie helfen darüber hinaus, seelische Belastungen von Betroffenen zu erleichtern. Richtig ist auch die bei Sozial- und Christdemokraten gemeinsam getroffene Beobachtung, daß solche Selbsthilfegruppen unter Umständen sonst erforderliche stationäre Versorgung abkürzen oder vermeiden helfen können.

Falsch aber erscheint mir die These von CDU-Politikern, daß nun Rechtsansprüche zum Beispiel auf stationäre Leistungen oder auf Barleistungen gekürzt werden dürften, wenn man Selbsthilfegruppen nur genügend zum Zuge kommen läßt. Die Erfahrungen in der Selbsthilfearbeit zeigen vielmehr, daß die Gruppen zumindest nach einer Zeit opfervoller Eigenfinanzierung für ihre Arbeit Sachkostenhilfe (Porto, Büromieten, Telefon, Benzingeld für Berater und Helfer) benötigen. Erfahrungen zeigen auch, daß viele Hilfsbedürftige, die sonst unberechtigte Schwellenangst vor Leistungsanträgen bei Sozialbehörden haben, über die Gruppe ihre Ansprüche zu Recht geltend machen. Manche Vereine werden auch von arbeitslosen Angehörigen von Sozialberufen gegründet, um bislang brach liegende Sozial- und Gesundheitsfelder mit öffentlichen Zuschüssen dankenswerterweise zu beackern. Einige Gruppen und Vereine bleiben dabei bewußt außerhalb des Daches eines Wohlfahrtsverbandes. Sie lehnen sogar solch ein Dach nicht selten mit abwertenden Einschätzungen wie "genauso bürokratischer Sozialkonzern wie der Staat" ab.

Wer also Selbsthilfe - auch neue, bisher unbekannte Gruppen - freudig bejaht, der muß auch wissen, daß er solche Gruppen nicht zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen mißbrauchen kann. Echte Hilfe zur Selbsthilfe ist nicht umsonst zu haben. Wer mehr will als eine Verringerung stationärer Angebote, wer den Weg von der Sozialleistung weg zum gnadenweisen Zubrot aus einer Stiftung gehen will, der irrt sich jedoch schwer. Wer zum Beispiel eine "Stiftung Familie in Not" schafft, um Sozialhilfe zu sparen, startet damit - wie Niedersachsens Sozialminister Schnipkoweit - einen Angriff auf den Sozialstaat. Die altneue CDU-Subsidiarität über Selbsthilfegruppen als Alibi für einen Abbau öffentlicher Sozialleistungen verdient daher sehr aufmerksam und kritisch begleitet zu werden. Wir Sozialdemokraten sagen Ja zur Selbsthilfe, aber Nein zum Abbau des Sozialstaates.



D O K U M E N T A T I O N

"... selbstverständlich keine Garnatie"

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages, Dr. Schoser, hat dem SPD-Bundestagsabgeordneten Professor Gert Weisskirchen bestätigt, daß der Bundeskanzler keine Ausbildungsplatzgarantie von der Wirtschaft erhalten hat. Der SPD-Pressedienst dokumentiert den Brief Weisskirchens ebenso wie die DIHT-Antwort im Wortlaut:

"Sehr geehrter Herr Präsident,

Anfang Februar diesen Jahres hat der Herr Bundeskanzler bekanntgegeben, daß mit Zustimmung der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft jedem Jugendlichen ein Ausbildungsplatz garantiert wird.

Ich bitte Sie darum, mir darzulegen, auf welchem Wege wieviel Ausbildungsplätze in diesem Jahr zusätzlich angeboten werden. Falls die Garantieerklärung verwirklicht werden soll, muß in den kommenden Monaten bis zum Beginn des Ausbildungsjahres 1983/84 ab sofort gehandelt werden.

Wie Sie wissen, ist nach dem Berufsbildungsbericht das Verhältnis zwischen Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage gegenwärtig das schlechteste, seitdem diese Statistik geführt wird. Dramatisch angestiegen ist die Zahl derjenigen Arbeitsämter, die über weniger Ausbildungsplätze verfügen als junge Menschen, die sich um sie beworben haben. So gingen die gemeldeten Stellen ständig in den letzten drei Monaten in 1982 zurück (Oktober '82 um -13,9 Prozent; November -14,2 Prozent; Dezember -12,8 Prozent), während gleichzeitig gegenüber 1981 die Zahl der gemeldeten Bewerber drastisch anstieg, wie um +48,9 Prozent im Oktober und um +33,9 Prozent im November.

Ein von mir vorgenommener Rundruf ergibt für das Ausbildungsjahr 1983/84 einen klaren Trend: Gegenwärtig gibt es ein rückläufiges Angebot an Ausbildungsplätzen gegenüber einem erneut eindeutig anwachsenden Trend von Bewerbern. Dabei sind diejenigen Jugendlichen noch nicht einbezogen, die den Kahlschlag beim BAföG umgehen möchten und zusätzlich auf den Ausbildungsstellenmarkt drängen werden.

Die persönliche Zukunft unserer Jugend hängt von ihrer Ausbildungschance ab. Tun wir alles, um sie in den vor uns liegenden Jahren zu sichern. Dies ist gleichzeitig das Beste, was wir für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft tun können.

Mit freundlichem Gruß"

Die Antwort des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Industrie- und Handelstages, Dr. Schoser:

"Sehr geehrter Herr Weisskirchen,

Präsident Wolff von Bmerongen hat mich gebeten, Ihren Brief vom 17. Februar 1983 zu beantworten, weil ich selbst an dem Gespräch beim Bundeskanzler teilgenommen habe, auf das Sie sich beziehen.

Lassen Sie mich zunächst darauf hinweisen, daß sich die Kammern und der DIHT als deren Spitzenorganisation ebenso wie die übrigen Wirtschaftsverbände laufend bemüht



haben und auch weiter darum bemühen werden, daß die ihnen angeschlossenen Unternehmen eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellen. Wir waren uns in dem Gespräch beim Bundeskanzler darüber einig, daß auch 1983 erhebliche Anstrengungen nötig sind, um den Bedarf an Ausbildungsplätzen zu decken, der von der Bundesregierung mit 655.000 vorausgeschätzt wird, eine Zahl, die wir für realistisch halten.

In dem erwähnten Gespräch konnte selbstverständlich keine Garantie im Sinne einer rechtsverbindlichen Zusage gegeben werden. Sie wurde nach unserer Einschätzung auch nicht erwartet. Zu der gemachten Aussage wurden wir dadurch ermutigt, daß in diesem Jahr der relativ starke Einstellungsjahrgang 1980 aus dem Ausstellungsverhältnis ausscheidet und wir deshalb die Hoffnung haben, daß diese Lehrstellen wieder besetzt werden können. Entsprechende Aufforderungen haben wir bereits mehrfach erlassen. Darüber hinaus haben verschiedene Wirtschaftsbereiche festgestellt, daß trotz der hohen Nachfrage in der Vergangenheit Ausbildungsplätze unbesetzt geblieben sind, auf die das Interesse der Jugendlichen gelenkt werden sollte.

Wir verkennen nicht, daß es vielfach Probleme auf regionaler Ebene sind, die zu Engpässen führen können. Deshalb müssen unseres Erachtens die Lösungsansätze auch hier gefunden werden. Im vergangenen Jahr haben sich sogenannte Lehrstellenbörsen oder -tage bewährt, weil sie Angebot und Nachfrage unmittelbar zusammenführten. Sie sollten deshalb nach unserer Auffassung zu einer allgemeinen Einrichtung werden, weil damit die vorhandenen Reserven am besten mobilisiert werden können. Allerdings möchte ich nicht verschweigen, daß sich bei diesen Veranstaltungen oftmals herausgestellt hat, daß solche Jugendliche ohne Ausbildungsplatz bleiben, die ein persönliches Handicap aufweisen. Das führt auch heute noch oft zu Resignation bei Ausbildungsbetrieben, die keinen geeigneten Nachwuchs finden.

Wir vertrauen nach wie vor auf die Elastizität des dualen Systems, wenn es um die Versorgung der Jugendlichen mit Lehrstellen geht. Dieses Vertrauen wird umso weniger enttäuscht werden, umso mehr die wirtschaftliche Lage sich bessert.

Mit freundlichen Grüßen"

(-/28.2.1983/h1/ks/va/oa)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

